

Stiglitz, Joseph

* 1943

US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler

Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2001

Stiglitz bei wikipedia >>>

Vorwort

... *Die Protestierenden haben Recht: Etwas läuft schief.* Die Kluft zwischen dem, was unsere ökonomischen und politischen Systeme leisten sollen – und angeblich leisten –, und dem, was sie tatsächlich leisten, ist so groß geworden, dass man sie nicht mehr ignorieren kann. Überall auf der Welt versäumten Regierungen es, sich mit ökonomischen Schlüsselfragen zu beschäftigen, etwa jener der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit; und in dem Maße, in dem universelle Werte wie Gerechtigkeit, trotz gegenteiliger Beteuerungen, der Gier einiger weniger geopfert wurden, fühlten sich die Menschen nicht mehr nur unfair behandelt, sondern betrogen. ...

(S. 9-10)

... Ein Großteil der Ungleichheit zwischen „oben und unten“ ist mit dem Verhalten von Topmanagern in der Finanzbranche und in anderen Großunternehmen verbunden. Aber es geht um mehr: Diese Führungskräfte haben unsere Ansichten über eine gute Wirtschaftspolitik maßgeblich geprägt, und nur und erst dann, wenn wir verstehen, was an diesen Ansichten falsch ist – und dass sie in einem allzu großen Ausmaß *ihre* Interessen befördern, und zwar auf Kosten der Allgemeinheit –, können wir eine neue Politik formulieren, mit dem Ziel, eine gerechtere, effizientere und dynamischere Wirtschaft zu schaffen. ...

(S. 24)

Rent-Seeking und die Entstehung sozialer Ungleichheit

... Die Bekämpfung der Ungleichheit muss notwendigerweise an mehreren Stellen ansetzen: Wir müssen die Exzesse an der Spitze zügeln, die Mitte stärken und den Unterprivilegierten helfen. Jedes Ziel erfordert einen eigenen Maßnahmenkatalog. Die Erstellung solcher Kataloge setzt jedoch voraus, dass wir die Entstehungsgeschichte jeder Facette dieser ungewöhnlich hohen Ungleichheit genau verstehen. ...

(S. 62)

Warum es wichtig ist

... Wir zahlen einen hohen Preis für unser großes und zunehmendes Maß an Ungleichheit, und weil diese Entwicklung wahrscheinlich anhält – wenn wir nichts dagegen unternehmen –, wird auch der Preis, den wir zahlen, wahrscheinlich steigen. Die Menschen in den mittleren und insbesondere in den unteren Einkommensgruppen wird es vermutlich am härtesten treffen, doch auch unser Land als Ganzes – unsere Gesellschaft, unsere Demokratie – wird einen sehr hohen Preis zahlen.

Gesellschaften mit großem Verteilungsgefälle funktionieren nicht effizient, ihre Volkswirtschaften sind instabil und langfristig nicht tragfähig. Wenn eine Interessengruppe zu viel Macht hat, kann sie die Politik für ihre Interessen einspannen, so dass diese nicht länger dem Gemeinwohl dient. Setzen die Reichsten ihre politische Macht dazu ein, von ihnen kontrollierten Unternehmungen überzogene Vorteile zu verschaffen, werden

dringend benötigte Einnahmen in die Taschen einiger weniger umgeleitet, statt der Gesellschaft insgesamt zugutezukommen.

Aber die Reichen existieren nicht in einem Vakuum. Sie brauchen ein funktionsfähiges Umfeld, um ihre Position aufrechtzuerhalten und mit ihren Vermögenswerten Einkommen zu erwirtschaften. Die Reichen wehren sich gegen Steuern, doch Steuern erlauben es dem Staat, Investitionen zu tätigen, die langfristig ein hohes Wirtschaftswachstum sicherstellen. Wenn der Staat aus Mangel an Steuereinnahmen nur wenig Geld ins Bildungswesen investiert, bringen Schulen nicht die hochqualifizierten Absolventen hervor, die Unternehmen brauchen, um zu prosperieren. Wird dieser Trend ins Extrem getrieben – und so weit sind wir heute –, verzerrt er die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen genauso stark, wie die schnell und mühelos zu erzielenden Einnahmen der Rohstoffindustrie das Wirtschaftsgefüge und die Anreizstruktur in erdöl- und erzeichen Ländern verzerren. ...

(S. 127-128)

... der „Kampf der Ideen“ manifestiert sich oftmals in der Auseinandersetzung um konkrete politische Streitfragen, etwa drum, ob Steuern auf Kapitalerträge erhöht werden sollten. Aber hinter diesen Kontroversen verbirgt sich die umfassendere Auseinandersetzung um Wahrnehmungen und Grundwerte – etwa um die Rolle des Marktes, des Staates und der Zivilgesellschaft. Es handelt sich nicht bloß um eine philosophische Debatte, sondern gerungen wird darum, wer die Wahrnehmungen über die angemessenen Zuständigkeiten dieser drei prägt. Diejenigen, die nicht wollen, dass das Abschöpfen politischer Renten unterbunden wird, von dem sie so sehr profitieren, und die nicht wollen, dass der Staat Umverteilung betreibt oder ökonomische Chancen und soziale Mobilität verbessert, betonen das Versagen des Staates. (Bemerkenswerterweise gilt dies auch dann, wenn die Betreffenden ein öffentliches Amt bekleiden und etwas tun könnten und sollten, um jedes Problem, von dem sie Kenntnis erlangen, zu korrigieren.) Sie argumentieren, der Staat störe den Marktmechanismus. So, wie sie einerseits die Schwächen des Staates überzeichnen, übertreiben sie andererseits die Stärken der Märkte. Für unsere Zwecke am wichtigsten ist die Tatsache, dass sie danach streben, diesen Wahrnehmungen Allgemeingültigkeit zu verschaffen, so dass wir alle glauben, dass Ausgaben von Privatpersonen (und sei es für Glücksspiele) ökonomisch allemal sinnvoller seien als Staatsausgaben und dass alle staatlichen Bemühungen, Marktversagen – etwa die Tendenz von Unternehmen zu übermäßiger Umweltverschmutzung – zu beheben, mehr Schaden als Nutzen stiften.

Dieser große Meinungskampf ist entscheidend dafür, wie man die Entwicklung der Ungleichheit in Amerika begreift. Die Tatsache, dass die Rechten während der letzten dreißig Jahre dieser Auseinandersetzung sehr erfolgreich bestritten, hat unseren Staat entscheidend geprägt. Wir haben zwar nicht den minimalistischen Staat verwirklicht, den die Libertären verlangen. Aber wir haben einen Staat verwirklicht, der nicht genügend Spielraum hat, um jene öffentlichen Güter bereitzustellen – Investitionen in Infrastruktur, Technik und Bildung –, die eine starke wirtschaftliche Dynamik freisetzen würden, und der zu schwach ist, um jene Umverteilung ins Werk zu setzen, die notwendig ist, um eine faire Gesellschaft zu schaffen. Er ist indes noch immer mächtig genug, um den Reichen eine Fülle von Geschenken zu machen. Die Befürworter eines weitgehend „staatsfreien“ Finanzsektors waren glücklich, dass die Regierung im Jahre 2008 das Geld hatte, um sie zu retten – und staatliche Rettungsaktionen gehören tatsächlich seit Jahrhunderten unverbrüchlich zur Geschichte des Kapitalismus dazu.

Diese erbitterten politischen Kontroversen basieren ihrerseits auf allgemeinen Ideen über Menschenrechte, die menschliche Natur und die Bedeutung von Demokratie und Gleichheit. ...

(S. 213-214)

... Die Erhebung zusätzlicher Steuern sollte einem einfachen Grundsatz folgen: Man bediene sich dort, wo es etwas zu holen gibt. Da die einkommensstärksten Gruppen die höchsten Einkommenszuwächse verzeichneten, sollten die zusätzlichen Steuereinnahmen auch von ihnen aufgebracht werden. So einfach ist das. Die gute Nachricht lautet, dass die Vermögenden sich ein so großes Stück vom Kuchen des Volkseinkommens abschneiden, dass eine vergleichsweise geringfügige Erhöhung ihrer Steuersätze die Einnahmensituation des Staates deutlich verbessern würde. Es wurde behauptet, die obersten Einkommensbezieher hätten nicht genug Geld, um das Defizit auszugleichen, aber das trifft immer weniger zu. In Anbetracht der Tatsache, dass dem obersten einen Prozent über 20 Prozent des Volkseinkommens zufließen, würde eine zusätzliche 10-prozentige Steuer auf dessen Einkommen (ohne Schlupflöcher) Einnahmen in Höhe von etwa zwei Prozent des US-amerikanischen BIP generieren.

Kurzum, wenn wir es mit dem Defizitabbau ernst meinten, könnten wir ohne weiteres über die nächsten zehn Jahre Billionen von Dollar zusätzlich einnehmen, indem wir (a) die Steuern für die obersten Einkommensbezieher erhöhen – weil sie ein so großes Stück vom nationalen Wirtschaftskuchen erhalten, sorgen schon kleine Steuererhöhungen für erhebliche Einnahmen; (b) Schlupflöcher schließen und die Vorzugsbehandlung jener Einkommensarten beenden, die überproportional den Einkommensstärksten zugutekommen – sei es durch niedrigere Steuern für Spekulanten und auf Dividenden oder die genannte Steuerbefreiung von Zinseinkünften aus Kommunalobligationen; (c) die Schlupflöcher und Sonderbestimmungen im Einkommens- und Körperschaftssteuersystem schließen, die Aktiengesellschaften subventionieren; (d) Renten höher besteuern; (e) Umweltverschmutzung besteuern; (f) den Finanzsektor besteuern, um zumindest einen Teil der Kosten hereinzuholen, die er der übrigen Wirtschaft wiederholt auferlegt hat; und (g) indem wir denjenigen, denen wir die Ressourcen unseres Landes – Ressourcen, die rechtmäßig *allen* Amerikanern gehören – zur Nutzung oder zum Abbau überlassen, den vollen Wert berechnen. Diese Einnahmequellen würden unsere Wirtschaft nicht nur effizienter machen und das Defizit erheblich reduzieren, sondern auch der Ungleichheit entgegenwirken. Und genau aus diesem Grund standen diese simplen Ideen nicht im Zentrum der Haushaltsdebatte. Weil so viele im obersten einen Prozent einen so großen Teil ihres Einkommens aus den Sektoren beziehen, die diese Geschenke erhalten – aus der Öl- und Gasindustrie und aus anderen Formen umweltverschmutzender Unternehmen, aus den Subventionen, die sich im Steuergesetz verbergen, aus der Fähigkeit, sich die natürlichen Ressourcen unseres Landes billig anzueignen, aus unzähligen Sondervergünstigungen, die dem Finanzsektor eingeräumt werden -, standen diese Vorschläge nicht hoch oben auf der Agenda zum Defizitabbau. ...

(S. 284-285)

Hilfe für die oberen Zehntausend

...Gerade in der Krise hat die Notenbank den Banken auf vielfältige Weise geholfen. Die Notenbank leiht den Banken zu *sehr niedrigen Zinsen* Geld – Zinssätzen, die vor allem in Krisenzeiten weit unter dem Marktzins liegen. Wenn eine Bank Kredite zu einem Zins nahe null aufnehmen kann und dann eine langfristige Staatsanleihe kauft, die zum Beispiel eine Rendite von drei Prozent abwirft, dann kassiert sie einen hübschen dreiprozentigen Gewinn *fürs Nichtstun*. Wenn man dem Bankensystem jährlich eine Billion Dollar leiht, ist das ein Geschenk im Wert von 30 Milliarden Dollar. Aber Banken können oft viel mehr herausholen: Sie können an Firmenkunden – selbst wenn deren Bonität außer Frage steht – Kredite mit viel höheren Zinsen ausreichen. Setzen sie einen Zins von zehn Prozent durch, entspricht die Bereitschaft der Regierung, ihnen fast zinslos eine Billion Dollar zur

Verfügung zu stellen, einem Geschenk im Wert von 100 Milliarden Dollar pro Jahr. Außerdem können Banken ihrerseits bei der US-Notenbank einzahlen, und sie erhalten jetzt, zum ersten Mal, Zinsen auf diese Einlagen – ein weiterer versteckter Transfer von den Steuerzahlern zu den Banken. Dieses jüngste Geschenk mag die Banken sogar von der Kreditausreichung abgehalten haben. Banken dafür zu bezahlen, dass sie *keine Kredite vergeben*, bedeutet, dass die Grenzrendite der Banken im Kreditgeschäft sinkt. Ganz allgemein werden die Interessen der Banken (insbesondere der Großbanken) bei der Bankenrettungsstrategie über die der übrigen Wirtschaft gestellt. Den Banken wurde *vorgeblich* deshalb Geld zur Verfügung gestellt, damit der Kreditfluss nicht unterbrochen wird, aber den Finanzinstituten, die die Mittel erhielten, wurden keinerlei Auflagen erteilt – keine Auflagen bezüglich der Aufrechterhaltung des Kreditflusses, keine Auflagen, das Geld nicht für die Auszahlung der Boni zu verwenden. Und so floss ein Großteil der Gelder, mit denen die Banken gestützt wurden, in Boni, nicht in die Rekapitalisierung. Die Hilfgelder kamen überproportional den Großbanken zugute, die sich mehr für Spekulation und den Handel mit Wertpapieren als für das Kreditgeschäft interessierten. Wenn sie überhaupt Kredite ausreichten, dann überwiegend an internationale Konzerne. Bei den kleineren Regional- und Kommunalbanken, die auf die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft spezialisiert sind, kam nur ein geringer Teil der Regierungsgelder an. Da ist es nicht weiter verwunderlich, dass Hunderte dieser kleineren Kreditinstitute pleitegingen und Hunderte weitere in eine so prekäre Lage gerieten, dass sie ihre Kreditgeschäfte zurückfahren mussten. Als Strategie, den Kreditfluss aufrechtzuerhalten, erwiesen sich die Entscheidungen der Notenbank (und des US-Finanzministeriums) als völlig verfehlt. ...
(S. 318-319)

... Eine andere Welt ist möglich. Wir können eine Gesellschaft verwirklichen, die eher in Einklang mit unseren Grundwerten steht, mehr Chancengerechtigkeit bietet, wirtschaftlich leistungsfähiger ist, demokratischere Strukturen schafft und den Lebensstandard der meisten Bürger deutlich anhebt. Das wird nicht leicht sein. Einige Marktkräfte ziehen in eine andere Richtung. Aber diese Marktkräfte werden von der Politik gestaltet, von den Regeln und den Rechtsvorschriften, die wir uns als Gesellschaft geben, und von dem Vorgehen unserer Institutionen (wie der Federal Reserve, unserer Zentralbank, und anderen Regulierungsbehörden). Wir haben eine Wirtschaft und eine Gesellschaft hervorgebracht, in denen durch das Streben nach Rent-Seeking, nach Einkommen, das nicht an Leistung geknüpft ist, große Vermögen angehäuft werden. Dies geschieht manchmal durch direkte Transfers von der Allgemeinheit zu den Reichen, häufiger durch Regeln, die es den Vermögenden erlauben, durch Monopolmacht und andere Formen der Ausbeutung „Renten“ vom Rest der Gesellschaft abzuschöpfen. In diesem Buch geht es nicht um eine Politik des Neides. Die unteren 99 Prozent sind, im Großen und Ganzen, nicht neidisch auf die gesellschaftlichen Beiträge, die einige der Superreichen geleistet haben, auf deren wohlverdientes Einkommen. Vielmehr geht es hier um eine Politik der Effizienz und Fairness. Das zentrale Argument lautet, dass das Modell, mit dem sich die Determinanten des Einkommens an der Spitze der Einkommenspyramide am besten beschreiben lassen, nicht auf den gesellschaftlichen Beiträgen der Einzelnen beruht (im Sinne der bereits erläuterten „Grenzproduktivitätstheorie“), auch wenn einige der Topverdiener höchst wertvolle Beiträge geleistet haben. Ein Großteil des Einkommens an der Spitze besteht vielmehr aus dem, was wir Renten genannt haben. Diese Renten haben zu einer Umverteilung von unten und von der Mitte nach oben geführt, den Markt zum Vorteil von einigen wenigen und zum Nachteil der Allgemeinheit verzerrt. Um die Volkswirtschaft effizienter und die Gesellschaft fairer zu machen, müssen wir auch dafür sorgen, dass Märkte so funktionieren, wie es sich für Märkte gehört – also den

Wettbewerb stärken und weniger Ausbeutung zulassen -, sowie ihre Exzesse zügeln. Die Spielregeln sind nicht nur für die Effizienz des Wirtschaftssystems, sondern auch für die Umverteilung von Belang. Die falschen Regeln führen zu einem Verlust an wirtschaftlicher Effizienz und wachsender sozialer Spaltung.

Höhere Investitionen in unsere Gesellschaft – in Bildung, Technologie und Infrastruktur – und eine bessere Absicherung der einfachen Bürger werden die Wirtschaft effizienter und dynamischer machen, sie nicht nur stärker in Einklang mit dem Bild bringen, das wir von ihr zeichnen, sondern auch einem größeren Segment der Gesellschaft mehr Verwirklichungschancen eröffnen. Sogar das oberste eine Prozent (diejenigen, die ihm gegenwärtig angehören) wird vielleicht profitieren, wenn die Fähigkeiten von so vielen Einkommensschwachen nicht länger brachliegen. Und viel mehr Menschen werden die Chance haben, eines Tages zu dem einen Prozent zu gehören. ...

(S. 344-345)

Besteht Hoffnung?

Die in diesem Kapitel unterbreiteten politischen und ökonomischen Reformen beruhen auf der Annahme, dass Marktkräfte zwar dazu beigetragen haben, dass die Ungleichheit in den USA die gegenwärtigen Dimensionen angenommen hat, dass aber letztlich die Politik die Marktkräfte gestaltet. Wir können daher die Kräfte des Marktes so umgestalten, dass sie eine *gegenläufige* Entwicklung begünstigen. Wir können dafür sorgen, dass Märkte funktionieren oder zumindest besser funktionieren. In ähnlicher Weise werden wir niemals ein System erschaffen, in dem völlige Chancengleichheit besteht; aber wir können zumindest ein *Mehr* an Chancengleichheit erreichen. Die Große Rezession hat die Ungleichheit in den USA nicht hervorgebracht, aber sie hat sie deutlich verschlimmert, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass man nicht länger die Augen davor verschließen kann; sie hat die Zugangschancen eines Großteils der Bevölkerung weiter eingeschränkt. Wenn wir die geeigneten politischen Maßnahmen ergreifen, entsprechend der in diesem Kapitel dargelegten Agenda, können wir deutliche Verbesserungen erzielen. Es geht nicht darum, Ungleichheit gänzlich zu beseitigen oder vollkommene Chancengleichheit zu verwirklichen. Es geht darum, das Ausmaß der Ungleichheit zu verringern und den Grad der Chancengleichheit zu erhöhen. Die Frage lautet: Können wir das bewerkstelligen? Unsere Demokratie, mag sie auch unfair und verzerrt sein, bietet uns zwei Wege, um Reformen durchzusetzen. Die 99 Prozent könnten erkennen, dass sie von dem einen Prozent hinters Licht geführt wurden: dass das, was im Interesse des obersten einen Prozents ist, *nicht* in ihrem Interesse ist. Das eine Prozent hat alles darangesetzt, die übrigen 99 Prozent davon zu überzeugen, dass eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht möglich sei; dass es den 99 Prozent zwangsläufig schade, wenn irgendetwas unternommen wird, was das eine Prozent nicht will. In diesem Buch habe ich nicht nur diesen Mythos zerstört, sondern auch dargelegt, dass wir nicht nur unsere Wirtschaft dynamischer und effizienter, sondern *zugleich* unsere Gesellschaft fairer gestalten können.

Im Jahr 2011 sahen wir, wie Millionen von Menschen auf die Straße gingen, um gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihren repressiv-autoritär regierten Ländern zu protestieren. In Ägypten, Tunesien und Libyen wurden die Machthaber gestürzt. In Jemen, Bahrain und Syrien kam es zu Massenprotesten. Die Herrscherfamilien in anderen Ländern der Region verfolgten dies aus ihren klimatisierten Penthäusern heraus mit nervösem Unbehagen. Sind sie als Nächstes an der Reihe? Sie sind zu Recht beunruhigt. In diesen Gesellschaften besitzt ein winziger Teil der Bevölkerung – weniger als ein Prozent – den Löwenanteil des Gesamtvermögens; hier ist die politische und wirtschaftliche Machtstellung des einzelnen ganz entscheidend von

seinem Reichtum abhängig; hier ist Korruption an der Tagesordnung, und hier widersetzen sich die Reichsten oftmals aktiv einer Politik, die die Lebensbedingungen der Bevölkerung insgesamt verbessern würde. Angesichts dieser entfesselten Massen auf den Straßen mögen wir uns selbst ein paar Fragen stellen. Wann schwappen die Proteste nach Amerika über? Wann werden andere westliche Länder von Ausläufern dieser Beben erschüttert? Die USA haben mancherlei Ähnlichkeit mit diesen Krisenstaaten, in denen eine winzige Elite das Sagen hat. Wir haben einen großen Vorteil – wir leben in einer Demokratie –, aber es ist eine Demokratie, in der die Interessen weiter Teile der Bevölkerung politisch immer weniger Berücksichtigung finden. Die Menschen spüren das – es schlägt sich in der niedrigen Zustimmung für die Arbeit des Kongresses und in der erschreckend niedrigen Wahlbeteiligung nieder.

Aber es könnte auch noch auf einem anderen Weg zu Reformen kommen: Das eine Prozent könnte erkennen, dass das, was in den Vereinigten Staaten geschehen ist, nicht nur unseren Werten widerspricht, sondern dass es nicht einmal im Interesse des einen Prozents selbst liegt. Alexis de Tocqueville nannte das, was er als ein Kernelement des besonderen Genius der amerikanischen Gesellschaft ansah, „wohlverstandenen Eigennutz“. Dabei ist das Adjektiv entscheidend. Jeder Mensch ist in einem engeren Sinne eigennützig: Ich will das, was mir nützt, sofort! „Wohlverstandener“ Eigennutz ist etwas anderes. Es bedeutet die Einsicht, dass das eigene Wohlergehen in letzter Konsequenz davon abhängt, dass man die Eigeninteressen aller anderen – kurzum: das Gemeinwohl – beachtet. Tocqueville behauptete nicht, dass an dieser Einstellung etwas Edles oder Idealistisches sei. Nein, er behauptete das genaue Gegenteil: Es sein ein Kennzeichen des amerikanischen Pragmatismus. Diese gerissenen Amerikaner hätte eine grundlegende Tatsache begriffen: An seinen Nächsten zu denken, ist nicht nur gut für das eigene Seelenheil; es ist auch gut fürs Geschäft.

Das oberste eine Prozent hat die besten Häuser, die beste Bildung, die besten Ärzte und den besten Lebensstil, aber da ist eine Sache, die man sich mit Geld wohl nicht kaufen kann: die Einsicht, dass das eigene Schicksal eng damit verbunden ist, wie die übrigen 99 Prozent leben. Die gesamte Geschichte hindurch hat das oberste eine Prozent dies irgendwann begriffen – oft allerdings zu spät.

Wir haben gesehen, dass sich Politik und Wirtschaft nicht trennen lassen und dass wir, wenn wir ein System erhalten wollen, in dem jeder Bürger – und nicht jeder Dollar – eine Stimme hat, unser politisches System unbedingt reformieren müssen; aber es dürfte uns kaum gelingen, innerhalb eines Wirtschaftssystems, in dem die Schere zwischen Arm und Reich so weit geöffnet ist, ein faires und aufgeschlossenes politisches System zu verwirklichen. Wir haben in jüngster Vergangenheit erlebt, dass unser politisches System nicht funktionieren kann, wenn kein tiefes Gemeinschaftsgefühl vorhanden ist; doch woran soll sich dies auch festmachen, wenn unser Land so gespalten ist? Und angesichts der wachsenden Kluft in unserer Wirtschaft können wir nur fragen: Was bedeutet sie für die Zukunft unserer Politik?

Der Zustand der US-amerikanischen Gesellschaft in fünfzig Jahren lässt sich anhand zweier Szenarien ausmalen. In dem einen ist die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich größer denn je: Die USA sind ein Land, wo die Reichen in abgeschotteten Wohnanlagen leben, ihre Kinder auf teure Privatschulen schicken und sich eine erstklassige medizinische Versorgung leisten können. Unterdessen leben die übrigen Amerikaner in einem Umfeld, das von Unsicherheit, bestenfalls zweitklassiger Bildung und de facto rationierter medizinischer Versorgung gekennzeichnet ist – sie hoffen und beten, dass sie nicht ernsthaft krank werden. Ganz unten befinden sich Millionen junger Menschen, die sich gesellschaftlich ausgeklinkt haben und alle Hoffnung haben fahren lassen. Ich habe dieses Bild in vielen Entwicklungsländern gesehen; Ökonomen gaben dem Phänomen sogar einen Namen, „duale Wirtschaft“, zwei Gesellschaften, die

nebeneinander leben, aber kaum etwas übereinander wissen und sich nicht vorstellen können, wie das Leben in der jeweils anderen Gesellschaft aussieht. Ob wir so tief sinken werden wie einige andere Länder, wo die Mauern immer höher werden und die sozialen Verwerfungen immer tiefer, weiß ich nicht. Allerdings ist dieses Alptraum-Szenario keinesfalls auszuschließen.

Das andere Szenario ist das einer Gesellschaft, in dem die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner geworden ist, in der das Gefühl vorherrscht, dass alle dasselbe Schicksal teilen, in der es ein gemeinsames Bemühen um Chancengleichheit und Fairness gibt, in der die Worte „Freiheit und Gerechtigkeit für *alle*“ einen tatsächlichen Zustand beschreiben, in der wir die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ernst nehmen, die die Bedeutung nicht nur der Bürgerrechte, sondern auch der wirtschaftlichen Rechte, und nicht nur der Eigentumsrechte, sondern auch der wirtschaftlichen Rechte des einfachen Bürgers betont. In dieser Version haben wir ein lebendiges politisches System, das sich grundlegend von jenem unterscheidet, in dem 80 Prozent der jungen Menschen so politikverdrossen sind, dass sie nicht einmal mehr zur Wahl gehen.

Ich glaube, dass nur dieses zweite Szenario mit unserem historischen Erbe und unseren Werten in Einklang steht. Die US-Amerikaner werden nicht nur eine deutlich höhere Lebensqualität genießen, sondern auch ein stärkeres Wirtschaftswachstum (insbesondere wenn dieses sachgerecht gemessen wird) verzeichnen, als es der Fall wäre, wenn sich die sozialen Gräben vertiefen. Es ist für dieses Land noch nicht zu spät, das Ruder herumzureißen und sich auf jene Grundprinzipien der Fairness und Chancengleichheit zurückzubedenken, auf denen es errichtet wurde. Doch uns bleibt nicht mehr viel Zeit. Vor vier Jahren gab es einen Moment, in dem die meisten Amerikaner die Kühnheit besaßen zu hoffen. Es schien möglich zu sein, Trends, die seit mehr als 25 Jahre anhielten, umzukehren. Stattdessen verschlimmerten sie sich. Heute ist diese Hoffnung zu einem Flackern verkommen.

(S. 368-371)

Joseph Stiglitz, Der Preis der Ungleichheit,

Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, Siedler Verlag, München, 2012

Anpacken, und zwar sofort

Globale Antworten auf eine globale Rezession

von Joseph E. Stiglitz

Was wir derzeit erleben, ist nicht nur die schlimmste globale Wirtschaftskrise seit 1945, sondern auch der erste schwere Einbruch der internationalen Konjunktur im Zeitalter der Globalisierung. Die Finanzmärkte der USA haben in ihrer zentralen Aufgabe, für rationales Risikomanagement und optimale Kapitalallokation zu sorgen, himmelschreiend versagt. Aber auch die Globalisierung hat anders funktioniert als erwartet, hat sie doch mitgeholfen, die Auswirkungen dieses Versagens über die ganze Welt zu verbreiten.

Der 11. September 2001 hat uns gelehrt, dass die Globalisierung nicht nur die grenzüberschreitende Verbreitung von guten, sondern auch von schlechten Dingen erleichtert. Der 15. September 2008 - der Crash an der Wallstreet - hat diese Lehre dick unterstrichen.

Ein globaler Konjunkturreinbruch erfordert eine globale Antwort. Aber unsere Reaktionen - im Sinn einer Stimulierung und Regulierung der Wirtschaft - nehmen häufig zu wenig Rücksicht auf die Auswirkungen für andere Länder. Die ökonomischen Programme sind nicht nur unzureichend koordiniert, sondern auch zu klein dimensioniert und nicht optimal angelegt. Mit der Folge, dass der Abschwung länger andauern und der Aufschwung langsamer vonstatten gehen wird. Es wird also mehr unschuldige Opfer geben, zu denen viele Entwicklungsländer gehören - darunter auch Länder, die ihren Finanzsektor wirksamer reguliert und eine weit bessere makroökonomische Strategie verfolgt haben als die USA und einige europäische Länder.

In den USA hat die Krise im Finanzsektor eine Krise der Realwirtschaft ausgelöst, in vielen Entwicklungsländern führte umgekehrt die Wirtschaftskrise zur Finanzkrise. Auch deshalb darf man jetzt mit der Globalisierung nicht einfach weitermachen wie gehabt. Doch was die G-20-Staaten auf ihrem Londoner Treffen vom April 2009 formuliert haben, war höchstens ein allererster Schritt. Ihr Krisenpapier enthielt keine langfristige Restrukturierungsstrategie, um die nächste Krise zu verhindern.

Es ist daher verständlich, dass viele der 173 Länder außerhalb der G 20 dagegen sind, dass ein exklusiver Klub, der sich durch Kooptation erweitert und über keine politische Legitimation verfügt, Entscheidungen trifft, die das Leben ihrer Bürger beeinflussen. Einige der G-20-Staaten - auch solche, die mit der Erweiterung der G 8 neu dazugekommen sind - würden am liebsten alles beim Alten lassen. Sie sind froh, selbst zum inneren Kreis zu gehören, und argumentieren, dass eine Erweiterung die Dinge nur zusätzlich komplizieren würde. Und von den reichen Industrieländern wollen viele allzu harsche Kritik an ihren Banken und an den internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie dem IWF vermeiden, die nicht nur die Krise nicht verhindert, sondern sogar die Deregulierungspolitik durchgesetzt haben, die maßgeblich zu der Krise und ihrer raschen Globalisierung beitrug.

Nun mögen die USA finanziell in der Lage sein, ihre Banken zu retten und ihre Volkswirtschaft anzukurbeln, aber die Entwicklungsländer sind es nicht. Andererseits waren gerade sie in jüngster Zeit ein wichtiger Motor für das weltweite Wirtschaftswachstum. Deshalb ist heute eine globale Erholung ohne deren Mitwirkung kaum denkbar.

Mittlerweile ist es allgemein Konsens, dass alle Regierungen ihre Wirtschaft massiv ankurbeln sollten, aber schon in den Industriestaaten geht die Sorge um, wie die jetzt aufgehäuften Schulden abgetragen werden sollen. Erst recht können die neuen Schulden in den ärmeren Ländern, die noch immer unter den Folgen der alten Schuldenkrisen leiden, die öffentlichen Haushalte übermäßig belasten. Sie müssen deshalb mit Subventionen und nicht nur mit neuen Krediten unterstützt werden.

In der Vergangenheit hat der IWF seine Finanzhilfen stets mit "Bedingungen" verknüpft. Oft verlangte er von den betreffenden Ländern, ihre Leitzinsen stark (manchmal sehr stark) anzuheben und die staatlichen Haushaltsdefizite mittels Ausgabenkürzungen und/oder Steuererhöhungen zu reduzieren - also genau das Gegenteil dessen, was in den USA und in Europa praktiziert wurde. Dadurch wurden diese Volkswirtschaften geschwächt, obwohl sie durch die IWF-Hilfe doch gerade hätten gestärkt werden sollen. Derartige Auflagen sind kontraproduktiv, deshalb sollte man den internationalen Institutionen, die solche Hilfen an Entwicklungsländer vergeben, selbst zur Auflage machen, von solchen Auflagen abzusehen.

Des Weiteren sollten sich die entwickelten Länder verpflichten, von ihren eigenen Konjunkturprogrammen jeweils ein Prozent für die Entwicklungsländer abzuzweigen. Diese Mittel sollten über unterschiedliche Kanäle verteilt werden, zum Beispiel über regionale Institutionen und vielleicht auch über einen zu schaffenden Kreditfonds, in dessen Leitungsgremien die neuen potenziellen Geberländer (aus Asien und Nahost) wie auch die Empfängerländer stärker vertreten sind.

Rettungspakete zu Lasten der armen Länder

Zwar hat die G 20 erhebliche Anstrengungen unternommen, das Kreditprogramm des IWF auszuweiten, etwa mittels neuer "Sonderziehungsrechte" (bis zur Höhe von 250 Milliarden Dollar). Doch von diesen Geldern wird am Ende zu wenig in den ärmsten Ländern ankommen.

Eine effektivere Maßnahme wäre, Entwicklungsländer vor protektionistischen Maßnahmen der reichen Länder zu schützen. Ein Beispiel: Die USA haben in ihre Konjunkturpakete eine "Buy American"-Klausel eingebaut, von der aber die meisten Industrieländer nicht betroffen sind, weil ein WTO-Abkommen sie gegen die Benachteiligung bei der Vergabe von Regierungsaufträgen schützt. Es läuft also darauf hinaus, dass die ärmeren Länder diskriminiert werden.

Die Bedingungen eines freien und fairen Handels werden auch durch Subventionen und Zölle verzerrt, wobei Subventionen die Entwicklungsländer härter treffen, da sie sich selbst keine leisten können. Die massiven staatlichen Garantien und Rettungspakete, die man in den USA und anderen reichen Ländern für bestimmte Unternehmen beschlossen hat, verschaffen diesen einen unfairen Wettbewerbsvorsprung. Für Firmen aus ärmeren Ländern ist es ohnehin schwer, mit kapitalstarken US-Unternehmen zu konkurrieren, aber noch viel schwerer ist es, gegen Washington anzutreten. Es ist zwar verständlich, dass die reichen Länder solche Subventions- und Rettungsprogramme beschließen, aber die negativen Folgen für die Entwicklungsländer müssen mit bedacht werden.

Auch für die Schaffung eines wirksamen Aufsichts- und Regulierungssystems ist globale Zusammenarbeit nötig. Dabei ist von folgenden zehn Punkten auszugehen, die unter internationalen Experten unstrittig sind.

1. Auslöser der Krise waren exzessive Deregulierungsmaßnahmen und die unvollständige Anwendung der bestehenden Regelungen.
2. Eine Selbstregulierung des privaten Sektors reicht nicht aus.
3. Nötig sind staatliche Maßnahmen, denn das Versagen großer Finanzinstitutionen oder des gesamten Finanzsystems kann "externe" Folgen haben, die zu Lasten von Arbeitern, Hausbesitzern und Steuerzahlern in aller Welt gehen.
4. Mehr Transparenz ist erforderlich, um eine hinreichende Einschätzung der Risiken zu ermöglichen (was allerdings bei komplexen Finanzderivaten unmöglich sein dürfte).
5. Die Fehlleistungen der Banken wurden ermöglicht durch perverse Anreize für die Finanzakteure zu riskanten Anlagen und zu Entscheidungen, ohne die langfristigen Folgen zu bedenken.
6. Die pervertierten Anreizstrukturen gehen auch auf Fehlleistungen der Führungsebene in den Unternehmen zurück.
7. Ähnliches gilt für die Tatsache, dass viele Banken als "too big to fail" (zu groß zum Scheitern) gelten. Die Folge ist: Wenn sie im Spekulationskasino gewinnen, sacken sie das Geld ein, wenn sie verlieren, trägt der Steuerzahler die Verluste.
8. Ohne umfassende und weltweite Regulierung kommt es zum "negativen Wettbewerb" zwischen Ländern, die Finanzunternehmen durch ein mildes Kontrollregime anlocken wollen.
9. Tritt dieser Fall ein, müssen die Länder Maßnahmen zum Schutz ihrer Volkswirtschaften ergreifen, damit ihre Bürger nicht durch die üblen Praktiken anderer Länder geschädigt werden.
10. Die Regulierung muss ausnahmslos alle finanziellen Institutionen erfassen. Denn wenn nur das offizielle Bankensystem - und nicht auch das Schattenbanksystem - reguliert wird, wandern die Unternehmen dahin ab, wo es weniger strenge Regeln und weniger Transparenz gibt.

Obwohl diese zehn Punkte weithin unstrittig sind, hat die G 20 über einige der wichtigsten Problemfelder nichts oder nur wenig gesagt. Zum Beispiel über die Frage, was mit Banken geschehen soll, die "zu groß zum Scheitern" sind. Konkret: Wenn die Anteilseigner dieser Banken vor jedem Risiko geschützt sind, wie soll dann die disziplinierende Macht des Marktes zur Geltung kommen? Und wenn die Marktdisziplin nicht wirkt, was soll dann an ihre Stelle treten?

Die G 20 hat unter anderem ein paar längst überfällige Maßnahmen gegen Zentren von Offshore-Banking-Geschäften angekündigt. Dass über solche Zentren weitreichende Finanzgeschäfte laufen, hat nichts mit der Qualität der örtlichen Bankleistungen zu tun; es geht einzig und allein um Steuerflucht und Geldwäsche. Solche windigen Finanzplätze sind ganz gewiss ein Problem, aber für die aktuelle Krise von untergeordneter Bedeutung.

Wenig getan hat die G 20 in der Frage des Bankgeheimnisses, und die ist für Entwicklungsländer weit wichtiger: Geheime Bankkonten begünstigen die Korruption - deretwegen Entwicklungsländer ja so häufig kritisiert werden -, denn sie dienen gestohlenen Staatsgeldern als Zuflucht. Viele Entwicklungsländer fordern solche Gelder zurück und brauchen Informationen, um sie aufzuspüren.

Die Weltwirtschaftskrise hat die Mängel der etablierten internationalen Institutionen ans Licht gebracht. Der IWF oder das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF), das im

Gefolge der globalen Finanzkrise von 1997/98 auf Initiative der damaligen G 7 entstanden ist, haben teilweise sogar politische Strategien gefördert, die inzwischen als eine der Wurzeln des Übels identifiziert wurden. Wenn das System der Weltwirtschaft also besser funktionieren soll, brauchen wir bessere Systeme im Sinne einer globalen Wirtschaftspolitik.

Wichtig ist dabei, über Ad-hoc-Vereinbarungen hinaus zu umfassenderen und repräsentativeren institutionellen Strukturen zu kommen. Zum Beispiel in Gestalt eines globalen ökonomischen Koordinationsrats im Rahmen der Vereinten Nationen, der nicht nur die Wirtschaftspolitiken der einzelnen Länder zu koordinieren, sondern auch die Defizite und strukturellen Mängel der globalen Wirtschaftsinstitutionen festzustellen und zu korrigieren hätte.

Das ist keine rein abstrakte Forderung: Diese Krise wird mit großer Wahrscheinlichkeit zu mehreren Fällen von Staatsbankrott führen. 2001 hat der argentinische Staatsbankrott bereits umfassende Diskussionen ausgelöst, die aber brachten keinerlei Fortschritt in Richtung eines internationalen Mechanismus zur Bewältigung einer solchen Schuldenkrise. Der IWF kann ein solches Instrumentarium nicht aufbauen, da er von den Gläubigerländern dominiert wird. Das wäre so, als würde man in den USA die Banken beauftragen, ein anständiges Insolvenzgesetz zu formulieren.

Seit Beginn der Krise wurden mehrere überschuldete internationale Großbanken auf Staatskosten gerettet - anstatt sie zu weitreichenden Umstrukturierungen zu zwingen, wie es den Marktregeln entsprochen hätte.(1) Gerechtfertigt wurde dieses "systemwidrige" Vorgehen unter anderem damit, dass größere Komplikationen der internationalen Finanzbeziehungen vermieden werden sollten. Welche Dimensionen solche grenzübergreifenden Probleme annehmen können, hat der Fall Island gezeigt. Die Insolvenz der isländischen Banken und die Entscheidung der Regierung in Reykjavík, die Verantwortung dafür zu übernehmen, wird den Lebensstandard der isländischen Bürger womöglich auf Jahrzehnte hinaus beeinträchtigen.

Von überragender Bedeutung wäre auch eine Reform des globalen - heute noch auf dem Dollar basierenden - Finanzsystems, wie sie auch die von den UN berufene Beraterkommission fordert.(2) Diese plädiert für eine neue globale Reservewährung, da das alte System selbst zu einer Ursache der unzureichenden weltwirtschaftlichen Gesamtnachfrage und damit der globalen Instabilität geworden ist. Heute müssen die Entwicklungsländer Jahr für Jahr etliche hundert Milliarden Dollar beiseite legen, um sich gegen diese Instabilität zu schützen, deren Auswirkungen sich in der Ostasienkrise von 1997 deutlich gezeigt haben.

Die Kommission hat überzeugend dargelegt, dass wir dieses Problem anpacken müssen, wenn wir einen robusten globalen Wirtschaftsaufschwung erreichen wollen. Unterstützt haben diese Empfehlung der UN-Kommission auch jüngste Verlautbarungen der Bric-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China), die ebenfalls Bedenken gegen die Rolle des Dollar als globaler Reservewährung formulierten. Es hat ganz den Anschein, als sei die Zeit für eine Idee gekommen, die Keynes schon vor mehr als 60 Jahren formuliert hat.

Allerdings wird den bekannten Kreisen, die am liebsten einfach zu den Zuständen vor dem Ausbruch der Krise zurückkehren würden, bei einigen der auf dem UN-Gipfel aufgeworfenen Fragen nicht wohl sein. Sie würden sich lieber mit ein paar harten Worten über Steuerparadiese und Auflagen für die Hedgefonds begnügen, plus einer neuen Bezeichnung - und ein paar neuen Mitgliedern - für das Forum für Finanzstabilität.

Aber das reicht natürlich nicht aus. Die entwickelten Länder müssen bei ihren Bemühungen um die Belebung der Wirtschaft die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer mit bedenken. Die Strukturen unseres globalen Wirtschafts- und Finanzsystem müssen von Grund auf verändert werden, um die Früchte des Wohlstands gerechter zu verteilen und das System insgesamt stabiler zu machen. Diese Aufgabe lässt sich nicht von heute auf morgen bewältigen, aber wir müssen sie anpacken, und zwar sofort.

Fußnoten:

(1) Siehe dazu ausführlich: Joseph E. Stiglitz, "Wie eine Bankensanierung funktionieren kann", www.monde-diplomatique.de/pm/.stiglitz.

(2) Der Autor ist Vorsitzender dieser "Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System" (deshalb auch Stiglitz-Kommission genannt). Deren vorläufiger Bericht ist nachzulesen unter: www.un.org/ga/president/63/interactive/financialcrisis/PreliminaryReport210509.pdf.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Joseph E. Stiglitz lehrt an der Columbia University. Für seine Studien über die Informationsökonomie erhielt er 2001 den Nobelpreis für Wirtschaft. © "Le Monde diplomatique, Berlin

© Le Monde *diplomatique*, September 2009

Der Preis der Ungleichheit

Von **Joseph E. Stiglitz**

Die Vereinigten Staaten sehen sich selbst gern als Land der unbegrenzten Möglichkeiten, und andere sehen sie in einem ganz ähnlichen Licht. Doch obwohl wir uns alle an Beispiele erinnern können, in denen es Amerikaner allein ganz nach oben geschafft haben – was wirklich zählt, ist die Statistik: In welchem Umfang sind die Lebenschancen eines Menschen vom Einkommen und der Bildung seiner Eltern abhängig?

Heutzutage entlarven diese Zahlen, den amerikanischen Traum als Mythos. In den USA herrscht heute weniger Chancengleichheit als in Europa – oder sogar in jedem anderen hochentwickelten Industrieland, für das entsprechende Zahlen vorliegen.

Dies ist einer der Gründe, warum Amerika unter allen hochentwickelten Ländern das höchste Maß an Ungleichheit aufweist – und die Kluft zu den Übrigen wird immer größer. Während der „Erholung“ der Jahre 2009 bis 2010 entfielen auf das eine Prozent der US-Amerikaner mit dem höchsten Einkommen 93 Prozent der Einkommenszuwächse. Andere Indikatoren für Ungleichheit – wie Vermögen, Gesundheit und Lebenserwartung – sind genauso schlecht oder sogar noch schlechter. Kurzum: Der Trend geht klar zur Konzentration von Einkommen und Vermögen an der Spitze der Gesellschaft bei gleichzeitiger Aushöhlung der Mitte und zunehmender Armut im unteren Teil.

Es wäre eine Sache, wenn die hohen Einkommen derer an der Spitze das Ergebnis ihrer größeren Leistungen für die Gesellschaft wären, doch die Große Rezession zeigt das Gegenteil: Selbst Banker, die die Weltwirtschaft – und auch ihre eigenen Firmen – an den Rande des Ruins geführt hatten, erhielten überdurchschnittliche Boni.

Sieht man sich „die da oben“ genauer an, zeigt sich die zentrale Bedeutung der Jagd nach Rendite – das sogenannte *Rent Seeking*: Manche häufen ihr Vermögen an, indem sie ihre Monopolmacht ausüben; andere sind Geschäftsführer, die Mängel der Unternehmensführung nutzen, um sich selbst einen überhöhten Anteil an den Erträgen zu sichern; und wieder andere lassen ihre politischen Beziehungen spielen, um von der Freigiebigkeit des Staates zu profitieren – entweder indem sie überzogene Preise für vom Staat angekaufte Güter, wie zum Beispiel Medikamente, verlangen oder indem sie extrem niedrige Preise für das, was der Staat verkauft, wie beispielsweise Rechte an Bodenschätzen, bezahlen.

Zugleich beruht ein Teil des Vermögens jener im Finanzwesen auf der Ausbeutung der Armen durch unlautere Kredite und missbräuchliche Kreditkartenpraktiken. Die ganz oben bereichern sich in diesen Fällen unmittelbar auf Kosten derer ganz unten.

All das wäre vielleicht nicht so schlimm, wenn an der sogenannten *Trickle-down*-Theorie – der hübschen Vorstellung, dass, wenn man die ganz oben reicher macht, alle davon profitieren – zumindest ein Quäntchen Wahrheit wäre. Doch den meisten Amerikanern geht es heute schlechter als 1997, also vor anderthalb Jahrzehnten; ihre inflationsbereinigten Realeinkommen sind heute niedriger als damals. Alle Früchte des Wirtschaftswachstums ernten die Reichen.

Die Verteidiger der Ungleichheit in Amerika argumentieren, dass sich die Armen und die Mittelschicht nicht beschweren sollten. Es sei zwar möglich, dass ihr Anteil am Kuchen kleiner ist als in der Vergangenheit, doch wüchse der Kuchen dank der Beiträge der Reichen

und Superreichen derart an, dass ihr Stück absolut gesehen größer sei. Auch dies lässt sich durch die Fakten klar widerlegen. Tatsächlich ist Amerika in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg schneller gewachsen als seit 1980, als seine einzelnen Teile begannen, sich auseinanderzuentwickeln.

Dies sollte niemanden überraschen, der mit den Ursachen der Ungleichheit vertraut ist. *Rent Seeking* führt zu Verzerrungen innerhalb der Volkswirtschaft. Natürlich spielen die Marktkräfte ebenfalls eine Rolle, aber Märkte werden durch die Politik gestaltet; und in Amerika mit seinem quasi-korrupten System der Wahlkampffinanzierung und seinen fliegenden Wechseln zwischen Regierung und Industrie wird die Politik durch das Geld bestimmt.

So bereichert etwa ein Konkursgesetz, das Derivate gegenüber allem anderen privilegiert, aber die Löschung eines Studentenkredits nicht zulässt – egal, wie unzureichend die erhaltene Bildung auch sein mag – die Banker und stürzt viele am unteren Ende der Gesellschaft in die Armut. In einem Land, wo das Geld über die Demokratie triumphiert, sind derartige Gesetze inzwischen vorhersehbar häufig. Doch die wachsende Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Es gibt Marktwirtschaften, in denen die Entwicklung besser verläuft, und zwar sowohl was das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts als auch was den steigenden Lebensstandard der meisten Bürgerinnen und Bürger angeht. In manchen nimmt die Ungleichheit sogar ab.

Die Vereinigten Staaten zahlen einen hohen Preis dafür, dass sie sich weiter in die gegenteilige Richtung entwickeln. Ungleichheit führt zu weniger Wachstum und Effizienz. Der Mangel an Chancen hat zur Folge, dass Amerikas wertvollster Schatz – seine Menschen – sich nicht optimal entfalten können. Viele am unteren Ende der Gesellschaft oder sogar in der Mittelschicht schöpfen ihr Potential nicht aus, weil die Reichen,

die kaum öffentlicher Dienstleistungen bedürfen und Angst haben, dass eine starke Regierung eine Einkommensumverteilung bewirken könnte, ihren politischen Einfluss nutzen, um die Steuern zu senken und die Staatsausgaben zurückzufahren. Die Folge sind zu geringe Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Technologie, was wiederum die Motoren des Wachstums hemmt.

Die Große Rezession hat die Ungleichheit noch verschärft, grundlegende Sozialausgaben wurden zurückgestutzt, und die hohe Arbeitslosigkeit setzt die Löhne unter Druck. Zudem haben sowohl die Expertenkommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems der UNO, die die Ursachen der Großen Rezession untersucht hat, als auch der Internationale Währungsfonds gewarnt, dass Ungleichheit zu wirtschaftlicher Instabilität führt.

Vor allem aber untergräbt die Ungleichheit in den USA die Werte und die Identität des Landes. Angesichts des extremen Ausmaßes, das sie inzwischen erreicht hat, überrascht es nicht, dass ihre Auswirkungen in jeder öffentlichen Entscheidung zum Ausdruck kommen – von der Gestaltung der Geldpolitik bis hin zur Zuweisung von Haushaltsmitteln. Amerika hat sich zu einem Land entwickelt, in dem nicht „Gerechtigkeit für alle“ herrscht, sondern eine Begünstigung der Reichen und Gerechtigkeit für diejenigen, die sie sich leisten können. Das wurde besonders deutlich während der Zwangsvollstreckungskrise: Die Großbanken glaubten, dass sie nicht nur zu groß seien, als dass man sie würde untergehen lassen, sondern auch, dass sie zu groß seien, um sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Amerika ist nicht länger das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das es einst war. Aber das muss nicht so bleiben: Es ist noch nicht zu spät, den amerikanischen Traum wieder zu beleben.

© Project Syndicate (Übersetzung: Jan Doolan)